

Es wurde vereinbart, den Bericht dezernatsweise zu behandeln.

SkB Lägél trug zu Seite 24 des Berichts vor, dass das Muster des Innenministeriums zur Haushaltssatzung einen § 6 vorsehe, wenn ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sei. Er fragte an, warum die entsprechenden Festsetzungen hierzu fehlten.

Ltd. KVD Ganseuer erklärte, dass dies vergessen worden sei. In der Haushaltssatzung 2007 seien die Festsetzungen jedoch enthalten.

Zu den Seiten 58 bis 107 (Bauliche Unterhaltung) stellte Abg. Görg heraus, dass die dort aufgeführte Problematik durch die Einrichtung des Zentralen Gebäudemanagements bereits weitgehend gelöst sei. Dennoch bat er um Mitteilung, wie nunmehr hiermit umgegangen werde.

SkB Kuhlmann betonte, dass die Beanstandungen erheblich und auch bereits von der Gemeindeprüfungsanstalt aufgegriffen worden seien. Er hielt die Stellungnahmen der Verwaltung teilweise nicht für überzeugend und regte an, dass dieses Thema im Bau- und Vergabeausschuss behandelt werden solle. Das Ergebnis deren Beratung solle dann dem Rechnungsprüfungsausschuss mitgeteilt werden.

Abg. Müller bezog sich auf die Feststellungen, dass Vergaben dem Rechnungsprüfungsamt zur Sicherstellung eines schnellen und fristgerechten Ablaufs ausnahmsweise nicht vorgelegt wurden. Er fragte an, ob kurzfristige Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt nicht erfolgen könnten.

Ltd. KVD Ganseuer stimmte zu, dass sich die Beanstandungen im Wesentlichen mit den Feststellungen des Gemeindeprüfungsamtes deckten. Er legte dar, dass dies zu Organisationsänderungen geführt habe. Das Zentrale Gebäudemanagement sei eingerichtet und zum 01.09.2006 dem Dezernat 1B zugeordnet worden. Außerdem würde derzeit im Dezernat 1A die Zentrale Vergabestelle aufgebaut, so dass Vergaben künftig außerhalb des Dezernates 1B bearbeitet würden. Auch die Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt sei verbessert worden. Zusammenfassend stellte Ltd. KVD Ganseuer fest, dass die Probleme der Vergangenheit bedauerlich seien und in dieser Form und Häufigkeit zukünftig nicht mehr vorkämen.

Auf Nachfrage des Abg. Lindenberg bestätigte Ltd. KVD Ganseuer, dass Vergaben oberhalb der festgelegten Wertgrenzen zwischenzeitlich nur noch nach Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt in Auftrag gegeben würden. SkB Kuhlmann dankte Ltd. KVD Ganseuer für seine Ausführungen, wies aber darauf hin, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu TOP 5 nicht zustimmen könne. Er wiederholte seine Anregung, das Thema im Bau- und Vergabeausschuss zu behandeln. Die Vorsitzende erklärte, dass hierzu bereits ein Antrag der SPD-Fraktion vom 17.10.2007 zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt vorläge.

SkB Lägél schlug zu den Seiten 43 bis 52 (Versicherungen) vor, das Geschäft auf einen Versicherungsmakler zu übertragen.

Ltd. KVD Ganseuer legte dar, dass dies geprüft worden sei. Der Makler habe festgestellt, dass eine Übertragung nicht sinnvoll sei, da die privaten Versicherungen seinerzeit die Leistungen des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit nicht zu deren Preisen anbieten konnten. Gleichwohl habe man nun alle Versicherungen gekündigt, die kündbar waren, um diese in 2008 europaweit auszuschreiben.

Abg. Lindenberg verwies auf die Seite 34 des Berichts (Jahresrechnung). Er bat um Erklärung, warum Schülerfahrkosten, Postgebühren und Fernsprechkosten in das nächste Jahr übertragen werden müssen.

Ltd. KVD Keusen antwortete, dass die Kosten dieser Positionen für November und Dezember noch nicht abgerechnet waren.

Abg. Müller bemerkte, dass die Übertragung von Resten in das neue Haushaltsjahr nichts Außergewöhnliches sei. Aber hier seien die Reste bereits im laufenden Haushaltsjahr gebildet worden.

Ltd. Ganseuer erläuterte, dass den Schulen – und insbesondere den Berufskollegs - eine große Eigenverantwortung zugestanden werde. Die Bildung der Sonderhaushalte sei die Folge hiervon.

SkB Lägél bat um Erklärung, wie die Tabelle auf Seite 124 (Kostenabrechnung der Rettungswachen des DRK) zu verstehen sei. KVR Kerper führte aus, dass die Prüfung der Betriebskostenabrechnung eine Nachzahlung an das DRK in Höhe von ca. 33.000,00 € für alle Wachen ergeben habe. Die Unterschiede

zwischen den Wachen Eitorf und Wachtberg sei darauf zurückzuführen, dass die Wache in Eitorf wesentlich größer und die Wache in Wachtberg nur zwölf Stunden am Tag besetzt sei.

SkB Peter wies zu den Seiten 119 bis 133 darauf hin, dass hier insgesamt erhebliche Vereinbarungsdefizite vorlägen. Vereinbarungen, die in 1999 bzw. in 2004 gekündigt wurden, gälten weiter, Unterlagen für das Jahr 2005 haben im Mai 2007 noch nicht vorgelegen. Ltd. KVD Berger informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass durch eine Änderung des Rettungsgesetzes NW eine Neufassung des Rettungsbedarfsplanes vorgeschrieben worden sei. Dies sei eine Satzung, die der Kreistag erlasse und die alle wesentlichen, aber auch detaillierten Merkmale des Rettungsdienstes im Kreisgebiet erfasse. Die Erstellung des Planes, der letztes Mal 140 Seiten umfasst habe, sei sehr zeitaufwändig. Im Amt gäbe es nur eine Mitarbeiterin, die die Qualifikation für die Erledigung dieser Aufgabe besitze. Diese Mitarbeiterin sei jedoch mit ihren übrigen Aufgaben so überlastet, dass sie sogar samstags arbeite. Ltd. KVD Berger fuhr fort, dass die Vereinbarungen gekündigt werden mussten, weil bekannt war, dass der Rettungsdienst neu ausgeschrieben werden müsse. Dann kamen Sonderaufgaben wie die Vorbereitungen für den Weltjugendtag und die Fußballweltmeisterschaft und schließlich der Umzug der Feuer- und Rettungsleitstelle hinzu. Ltd. KVD Berger erwartet den Abschluss der Überarbeitung des Rettungsbedarfsplans Anfang 2008. Dann könne der Rettungsdienst ausgeschrieben und in der Folge die neuen Verträge geschlossen werden.

Auf die Frage des SkB Peter, ob die Arbeiten an dem Plan seit 1999 laufen, entgegnete KVR Kerper, dass nach 1999 noch Vereinbarungen geschlossen wurden. Im Jahr 2005 seien aber alle Vereinbarungen gekündigt worden. Grund hierfür sei die anstehende Ausschreibung gewesen. Erschwerend sei eine Umstrukturierung des DRK-Kreisverbandes hinzugekommen, die sich von 2004 bis 2006 hingezogen habe. Gleichwohl seien aber die Regelungen, die mit den anderen Hilfsorganisationen vereinbart worden waren auch auf das DRK angewendet worden. Die Vorsitzende stellte fest, dass dieses Thema den Ausschuss nunmehr seit Jahren begleitet. Die personelle Unterbesetzung solle man im entsprechenden Fachausschuss behandeln.

Zu den Seiten 134 bis 172 (Verwarnungs- und Bußgeldverfahren) bat SkB Lägele um Erläuterung, ob es zuträfe, dass die Verwertbarkeit der einzelnen Bilder eines Films von nur einer Sachbearbeiterin geprüft werde. KVD Sieberg bestätigte das. Seit Mitte 2007 werden jedoch die Entscheidungen dieser Sachbearbeiterin stichprobenartig überprüft. Die nicht verwerteten Bilder seien zu Recht aussortiert worden. Hierbei handele es sich um Kalibrierbilder (Testfotos) und Motorradfahrer und ausländische Fahrzeuge, die nicht verfolgt werden können. SkB Lägele hielt Stichproben nicht für ausreichend und schlug das Vier-Augen-Prinzip vor. KVD Sieberg gab zu bedenken, dass dies einen großen personellen Aufwand nach sich zöge. Das Fachamt habe vom Zeitpunkt der Aufnahme an nur drei Monate Zeit, den Verkehrssünder heranzuziehen. Gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt habe man jedoch vereinbart, hierzu eine Kosten-Leistungs-Analyse zu erstellen. Auf Nachfrage der Vorsitzenden erklärte KVD Sieberg, dass mit der Analyse noch nicht begonnen wurde, die Stichproben aber intensiv vorgenommen würden. Zurzeit würden mehr als ein Drittel der 120.000 Fotos nachgeprüft.

Ltd. KVD Ganseuer nahm die Beanstandungen zum Gebäudemanagement, dem Rettungsdienst und dem Bußgeldverfahren zum Anlass auf ein grundsätzliches Problem hinzuweisen. Der Grund für die Vielzahl der Beanstandungen resultierten auch aus den strikten Vorgaben des Kreistages Personalausgaben zu senken. Nachdem sieben, acht Jahre lang beträchtliche Personalkürzungen vorgenommen worden seien, müsse nunmehr gesehen werden, dass weitere Kürzungen stets auf Kosten der Arbeitsqualität gingen. Die Vorsitzende stimmte dem zu.

Abg. Müller gab zu bedenken, dass man im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements künftig Produkte haben werde, denen ihre Kosten zugeordnet werden können. Ltd. KVD Ganseuer stimmte dem zu, bezweifelte jedoch, dass dadurch eine bessere Arbeitsqualität erreicht werden könne, wenn das Personal fehle.

Abg. Müller bezog sich im Folgenden auf Seite 162 des Berichts, auf der die Überwachungsanlagen in der Fußgängerzone vor dem Bahnhof in Siegburg behandelt würden und fragte an, ob die Prüfung der Zuständigkeit abgeschlossen sei. KVD Sieberg erläuterte, dass das Gutachten des Rechtsamtes noch nicht vorläge, er aber mit dessen Fertigstellung bis Ende Dezember 2007 rechne.

Zur Seite 150 stellte Abg. Lindenberg fest, dass zu hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen zur Last gelegt und die Verfahren schließlich eingestellt wurden. Er bat insoweit um Erklärung. KVD Sieberg legte

die Vorgehensweise dar: Die Autokennzeichen auf den Fotos würden beim Durchlauf der Filme maschinell erkannt und das Verfahren fertigt automatisch das Anhörungsschreiben an. Wichtig hierbei sei, dass beim Einlegen des Films die genaue Messstelle, aus der der Film entnommen wurde, eingegeben werde. Der Fehler sei dadurch entstanden, dass die Daten einer anderen Messstelle eingegeben worden seien und die Vorgaben in der Anhörung somit nicht den Tatbeständen entsprachen. Weiterhin gab er zu bedenken, dass die Filme erst nach drei bis fünf Wochen aus den Kameras entnommen und entwickelt würden. Die Zeit für eine weitere Anhörung habe in diesen Fällen nicht mehr ausgereicht.

Abg. Lindenberg fragte zur Seite 192 (Krebsnachsorge) nach, ob über den Abschlag in Höhe von 4.806,57 € hinaus noch Forderungen zu begleichen waren.

Stellungnahme des Amtes 53 zur Niederschrift: Mit dem am 23.11.06 überwiesenen Restbetrag von rd. 4.800 € war das Jahresbudget ausgeschöpft. Weitere Zahlungen sind nicht geleistet worden.

Ferner bat Abg. Lindenberg um Mitteilung, ob der auf Seite 203 erwähnte Jahresbericht des SKM mittlerweile vorliege.

Stellungnahme des Amtes 53 zur Niederschrift: Der Jahresbericht des SKM für das Jahr 2006 ist am 08.08.07 hier eingegangen.